

Auer Tageblatt

...Anzeigen nehmen die Anzeigen...
...Anzeigen nehmen die Anzeigen...
...Anzeigen nehmen die Anzeigen...

Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreise für Anzeigen...
...Anzeigenpreise für Anzeigen...
...Anzeigenpreise für Anzeigen...

Telegramme: Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Konto Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 240

Mittwoch, den 14. Oktober 1925

20. Jahrgang

Volle Einigung in Locarno?

Der Westpakt gesichert? — Beitritt zum Völkerbund? — W. T. S. dementiert. — Teilnahme Polens und der Tschechoslowakei an der Konferenz.

Locarno, 12. Oktober.

Um 1/7 Uhr verließen Dr. Stresemann und Staatssekretär v. Schubert, vom Kabinettschef Chamberlains hinausgeleitet, das Palace-Hotel. Die Unterredung mit Chamberlain und Briand hatte demnach 2 1/2 Stunden gedauert. Man nimmt an, daß der Westpakt, das heißt der Pakt als solcher, und der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nunmehr als abgeschlossen gelten können, wenigstens in seinem äußeren Rahmen. Uebrig geblieben sind die Ostfragen und die sogenannten Nebenfragen, die aber für Deutschland nicht geringe Bedeutung haben. Die juristischen Sachverständigen glauben, daß man auch für den Ostvertrag eine für alle annehmbare Formel finden wird. Reichskanzler Dr. Luther verließ noch im Palace-Hotel und setzte die Aussprache mit Briand und Chamberlain fort. Um 1/7 Uhr verließ er das Hotel, um sich nach dem Eplanade-Hotel zu begeben.

Ein Havas-Telegramm meldet: „Die Haupt Schwierigkeit, mit der sich die Konferenz zu beschäftigen hatte, ist im Prinzip gelöst. Die Konferenz hat heute morgen die Diskussion über den Beitritt des Reiches zum Völkerbund zu Ende geführt. Die deutsche Delegation hat um 24 Stunden Bedenkzeit erbeten, bevor sie ihre endgültige Zustimmung zur Annahme des Artikels 16 gibt. Sie wünscht, erst die Reichsregierung noch einmal zu befragen. Ein Mitglied der Delegation ist unterwegs nach Berlin, um durch einen persönlichen Bericht die von dem Kanzler Luther und dem Minister Stresemann bereits übermittelten Erklärungen zu ergänzen. Die Grundlage der prinzipiellen Verständigung wird wahrscheinlich sein, daß Deutschland dem Völkerbund unter den gewöhnlichen Bedingungen beitrete, aber gleichzeitig von den Alliierten eine Erklärung erhält, welche die deutschen Bedenken gegen den Artikel 16 beruhigt. Die Alliierten werden erklären, daß zwar der Rat des Völkerbundes allein das Recht zu einer Auslegung der einzelnen Artikel hat, daß aber die in Locarno vertretenen alliierten Mächte die Notwendigkeit anerkennen, einen jeden im Völkerbund im Kriegsfall zu Sanktionen berufenen Staat an der gemeinsamen Aktion nur nach Maßgabe seiner Mittel zu beteiligen. Auf diese Art werden Geist und Buchstabe des Paktes gesichert sein, ohne daß Deutschland seine Einwendungen und Vorbehalte aufrechterhalten kann.“

Locarno, 13. Oktober. Ueber das Ergebnis der heutigen Zusammenkunft der Hauptdelegierten in Locarno meldet der Berichtstatter des W. T. S.: Wie in dem verbindlichen Bericht der Delegierten mitgeteilt wird, ist nach dem

erneuten ausführlichen Gedankenaustausch über die im Zusammenhang zwischen Völkerbund und Sicherheitspakt stehenden Fragen auf Grund deutscherseits gestellten Ansuchen um ergänzende Klarstellungen und deren Beantwortung festgestellt worden, daß auf dem Wege zu einer Lösung dieser Probleme ein Fortschritt erzielt sei. Wenn der heutige Havas-Kommentar von einer Aussprache über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund spricht, sowie von einer definitiven Zustimmung der deutschen Delegation zum Artikel 16, so muß demgegenüber auf den Wortlaut des vereinbarten Berichts verwiesen und festgestellt werden, daß demgemäß eine endgültige Lösung der Völkerbundsfrage noch nicht erzielt ist. Ebenso unzutreffend sind in der Havasmeldung sowie in anderen ausländischen Organen wiedergegebenen Gerüchte über eine angeblich 24stündige Bedenkzeit, die in dieser Frage von der deutschen Delegation erbeten worden sei. Zur Erwirkung einer solchen Frist bestand keinerlei Veranlassung, wie es überhaupt der formlosen Gestaltung der Aussprache in Locarno entspricht, daß Bedingungen und Fristen weder gestellt noch entgegengenommen werden.

Gestern vormittag traf sich der deutsche Außenminister Stresemann und der polnische Außenminister Graf Skrzypski gegen 10 Uhr beim französischen Außenminister Briand im Grand Hotel Palace, der sie miteinander bekanntmachte. Die beiden Außenminister Deutschlands und Polens unterhielten sich etwa zwanzig Minuten lang. Alsdann fuhr Dr. Stresemann zur Vollziehung der Konferenz, die um 9:30 Uhr begann und an der, wie ausdrücklich festgestellt ist, erstmalig wieder die Delegationen Polens und der Tschechoslowakei teilnahmen. Die Sitzung dauerte bis gegen 12:30 Uhr und beschäftigte sich im wesentlichen nur mit der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund, aber auch mit den im engsten Zusammenhang damit stehenden Ostverträgen.

Wie dem „Matin“ aus Locarno berichtet wird, hat Mussolini beschlossen, am Mittwoch nach Locarno zu kommen, um den Rheinlandpakt persönlich zu unterzeichnen. Die italienische Delegation sei zwar noch nicht ermächtigt die Umfassung Mussolinis offiziell anzuführen, aber es seien bereits umfangreiche Vorbereitungen zum Empfange getroffen worden. Mussolini selbst habe sich jede Rundgebung von sachlicher Seite vorbehalten. Voraussichtlich werde nur 24 Stunden in Locarno bleiben und am Freitag früh wieder nach Rom zurückkehren.

Die deutsch-italienischen Handelsbeziehungen.

Berlin, 12. Oktober. Die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Italien sind zurzeit bekanntlich durch ein Handelsprovisorium geregelt, das bis zum 31. Oktober läuft. Da die Hoffnung besteht, daß bei den gegenwärtig schwebenden Verhandlungen über den Abschluß eines endgültigen Handelsvertrages eine Einigung über die noch offenen Punkte bis zum Ablauf dieses Monats erzielt werden wird und da die beiden Regierungen die feste Absicht haben, die Verhandlungen noch vor dem 31. Oktober zu beenden, ist jetzt in Rom die Abmachung getroffen worden, daß bis zum Ablauf des Provisoriums sich an dem gegenwärtig gegenüber Italien geltenden Status tatsächlich nichts ändern soll. Die zurzeit geltenden deutschen Vertragsätze werden daher auch nach dem 18. Oktober noch bis zum 31. Oktober auf die italienischen Erzeugnisse weiter angewendet werden. Dies hat zur Folge, daß die Länder, die mit Deutschland in einem Weisheitsabnahmeverhältnis stehen, gleichfalls bis 31. Oktober die bisherigen Sätze noch weiter genießen.

Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen noch nicht wieder aufgenommen.

Berlin, 12. Oktober. Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, die am 18. v. M. wieder aufgenommen worden waren, wurden bekanntlich am 22. September wieder ausgelegt, bis die von Polen geplanten neuen Einfuhrverbote und Zollserhöhungen der deutschen Delegation mitgeteilt und von dieser geprüft sein würden.

Inzwischen hat die polnische Delegation dem Auswärtigen Amt am 5. Oktober einen Teil des Materials, und zwar das weniger wichtige, überreicht und das übrige für ein bis zwei Wochen später in Aussicht gestellt. Da nach Vorlage des gesamten Materials auch noch einige Zeit für die Prüfung und Durcharbeitung erforderlich sein wird, werden voraussichtlich noch einige Wochen bis zur Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen vergehen.

Die Wiederaufnahme der polnischen Telegraphenagentur vom 8. v. M., wegen die Verhandlungen wieder aufgenommen seien, entspricht also nicht den Tatsachen.

Deutsch-französische Verhandlungen über Saarfragen in Baden-Baden.

Berlin, 12. Oktober. Am 13. Oktober begannen in Baden-Baden Verhandlungen zwischen einer deutschen Delegation unter dem Vorsitz des Vortragenden Legationsrates von Friedberg vom Auswärtigen Amt und einer Delegation der Regierungskommission des Saargebietes unter dem Vorsitz des Präsidenten Rault. Die Verhandlungen beziehen sich im wesentlichen auf seit längerer Zeit schwebende verwaltungstechnische Angelegenheiten, insbesondere auf Regelung der im Saargebiet beschäftigten deutschen Beamten sowie auf sonstige hiermit im Zusammenhang stehende beamtenrechtliche Fragen.

Die deutsch-spanischen Handelsbeziehungen.

Berlin, 12. Oktober. Zwischen der deutschen Botschaft in Madrid und der spanischen Regierung haben in der letzten Zeit wiederholt Besprechungen stattgefunden mit dem Ziele, eine neue Grundlage für die vertragliche Regelung von Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern zu finden. Es hat sich dabei jetzt als notwendig gezeigt, der Deutschen Botschaft für diese Besprechungen einige Referenten aus den beteiligten Ministerien zur Seite zu geben. Es werden daher heute je ein Referent des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichsfinanzministeriums nach Madrid abreisen, um die Deutsche Botschaft bei diesen Besprechungen zu beraten und zu unterstützen.

Hitler darf in Hamburg nicht reden.

Berlin, 13. Oktober. Der hamburgische Senat hat das Ersuchen der National-Sozialisten, Adolf Hitler in Hamburg öffentlich sprechen zu lassen, mit der Begründung abgelehnt, daß das Auftreten Adolf Hitlers als eines rechtskräftig verurteilten Hochverräters geeignet sei, die öffentliche Ruhe und Ordnung zu stören und übrigen Hitler nicht einmal die deutsche Staatsangehörigkeit besitz.

Entschließung des Wirtschaftsausschusses für das besetzte Gebiet.

Düsseldorf, 12. Oktober. Der Wirtschaftsausschuss für das besetzte Gebiet trat heute unter Teilnahme zahlreicher Vertreter der Ministerien und Behörden zu einer Sitzung zusammen, in welcher nach einem Bericht über die Tätigkeit des Wirtschaftsausschusses in der letzten Zeit die Wünsche des besetzten Gebietes zu der Reform des Okkupationsleistungsgesetzes und die Anträge zum Erlass der Transportmehrkosten festgestellt wurden. Zu Beginn der Sitzung hielt der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses, Geheimrat Kommerzienrat Dr. Louis Haagen, Köln, eine Ansprache, in der er die Vertreter des nunmehr besetzten Sanktionsgebietes und Ruhrgebietes zu ihrer Befreiung beglückwünschte und ihnen besonderen Dank des altbesetzten Gebietes dafür aussprach, daß sie in vorbildlicher Einigkeit und in immer bereitwilliger Arbeitswilligkeit in den letzten Jahren gemeinsam mit dem altbesetzten Gebiet die Interessen des besetzten Gebietes wahrgenommen und zur Herstellung seiner Einheit beigetragen haben. Nach einem Ueberblick über die außerordentlich schwierigen und verantwortungsvollen Fragen, die den Wirtschaftsausschuss in den Jahren 1923, 1924 und 1925 beschäftigt haben, und die sie vielfach vor schwere Entscheidungen stellten, nach einem Hinweis auf das stets enge Zusammenarbeiten mit der Reichsregierung und nach einem kurzen Ueberblick über die bisherige Regelung des Schadenersatzes für das besetzte Gebiet betonte Geheimrat Haagen, daß trotz der Annahme und Durchführung des Dawes-Plans und trotz der Verhandlungen über einen Sicherheitspakt noch immer wichtige Forderungen des besetzten Gebietes unerfüllt geblieben sind. In erster Linie gilt dies, sagte der Redner, von der Räumung der Kölner Zone, weiter aber auch von der Zulassung des Rundfunks und der Luftfahrt, von der Befreiung der noch immer geübten Postzensur und der Beschränkungen des Vereinsrechts, des Versammlungsrechts und der Pressefreiheit, der Kontrollen der Eisenbahnen und Schifffahrt, sowie von der Stärkung der militärischen Befehls. Das besetzte Gebiet erkennt dankbar an, daß die Reichsregierung sich mit allem Nachdruck für die Befreiung der dem besetzten Gebiet angelegten Fesseln bemüht, aber es ist sich ebenso bewußt, daß es niemals die Forderung dieser Fesseln auf Kosten wichtiger Interessen des gesamten deutschen Vaterlandes erheben darf. Im Sinne dieser Ausführungen beschloß der Wirtschaftsausschuss auf Vorschlag des Vorsitzenden die Abfassung folgender Drängung an den Reichskanzler Dr. Luther nach Locarno:

„Der Wirtschaftsausschuss des besetzten Gebietes, einheitliche Vertretung von Handel und Industrie, Handwerk und Landwirtschaft in den besetzten Gebieten von Rhein und Ruhr hat sich heute im besetzten Sanktionsgebiet in Düsseldorf vereinigt, um seine Mitglieder aus dem Sanktions- und Ruhrgebiet zu ihrer Befreiung zu beglückwünschen und noch einmal mit ihnen zu beraten. Der Wirtschaftsausschuss sendet aus diesem Anlaß Ihnen, hochverehrter Herr Reichskanzler, und dem Außenminister seinen wärmsten Dank für die wahrhaft aufopfernde Tätigkeit für uns und für das gesamte deutsche Vaterland und unseren Gruß mit dem Ausdruck unseres aufrichtigen und starken Vertrauens. Das besetzte Gebiet hat in der Vergangenheit die ihm aufgezwungenen Leiden im Interesse des Vaterlandes willig getragen und bittet, bei den jetzigen Verhandlungen nur die Interessen des gesamten deutschen Vaterlandes zu berücksichtigen und keine Rücksicht auf die besonderen Lasten des besetzten Gebietes zu nehmen, welche etwa etwa durch Nachteile für die Gesamtheit erkaufte werden müßte. Unser ganzes Hoffen, Sehnen und Wünschen richtet sich auf die endliche Herstellung innerer und äußerer politischer Ruhe und eines europäischen Friedens, der es uns ermöglicht, in ungestörter angespannter Arbeit unsere Wirtschaft wieder aufzubauen.“

Der westdeutsche Montantrust vor der Errichtung.

Berlin, 13. Oktober. Der Berliner Lokalanzeiger meldet aus Duisburg, daß in den Bestrebungen zwecks Zusammenschlusses der Rheinisch-Westfälischen Großindustrie jetzt eine entscheidende Wendung eingetreten sei. Die führenden Persönlichkeiten der Werke Thyssen, Rheinisch-Westfälischer Bergwerks- u. Hütten- u. Eisenwerke, Rheinisch-Westfälischer Bergwerks- u. Hütten- u. Eisenwerke, Rheinisch-Westfälischer Bergwerks- u. Hütten- u. Eisenwerke hatten nun doch die Bildung einer neuen Aktiengesellschaft und nicht die Schaffung einer neuartigen Gesellschaft beschlossen. Die Neugründung soll in der Form erfolgen, daß die beteiligten Firmen den gesamten Wertbestand an die neue U. G. als Sachwerte gegen eine entsprechende Zahl von Aktien abtreten. Die beteiligten Firmen sollen jedoch aus wirtschaftlichen Gründen bestehen und ihre Aktien nach wie vor im Kurse bleiben. Als zukünftige Leiter der neuen Gesellschaft werden Generaldirektor Böglner als Vorsitzender des Direktoriums und Fritz Höpfer als Vorsitzender des Aufsichtsrates genannt. Der Hauptzweck der neuen Gesellschaft wird voraussichtlich Ruhrort sein. Es handelt sich nach dem genannten Blatt jetzt noch darum, ob die Reichsregierung von ihrem Recht Gebrauch macht, die Stempelsteuer, die Kapitalverkehrssteuer und die Grundvermögenssteuer aus wirtschaftlichen Gründen bei der Gründung der neuen Gesellschaft herabzusetzen.

Rm. 30,-
erstr. 10
arola
zert.
Freil
ma.
ng
Größe
davon
tag,
wa-
aum
E. W. O.
Ge-
pen,
cken,
e alle
zu
sierer
birg
ng über
auszu-
ist es
auszu-
sondern
chende
u, we-
reichte,
in L.
ch, Juvol
P. 1.00
Zahlung
var, 6.00
Koburg